

Bezugspreis:

Vertriebspreis: 20 Pf. monatlich 1.00 - 2.00 Pf. pro Jahr...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsausgabe...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 22. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3

Die unbeliebte Anschlussbewegung.

Man tadelt und verspricht.

Wien, 22. Januar. (TU.) Die immer mächtiger anschwellende Anschlussbewegung an Deutschland...

Paris, 22. Januar. (WZB.) Nach dem "Echo de Paris" wird Frankreich dem Obersten Rat...

London, 22. Januar. (WZB.) Der deutschösterreichische Gesandte in London...

Innsbruck, 22. Januar. (TU.) Der Tiroler Landtag hat die Anfrage über die Anschlussfrage...

Wien, 22. Januar. (WZB.) Im Haushaltsausschuss des Nationalrats...

Die Spaltung in Livorno vollzogen.

Livorno, 22. Januar. (Stefani.) In der gestrigen Sitzung des Sozialistenkongresses...

Blutige Unruhen in Süditalien.

Rom, 22. Januar. (TU.) Bei den von den Sozialisten (!) in Castellamare bei Neapel...

Briands Gegner.

Paris, 22. Januar. (Estreurope.) Nach dem "Journal officiel" lautet das endgültige Abstimmungsergebnis...

Die Aufnahme in der Pariser Presse.

Paris, 22. Januar. (WZB.) Bezüglich der gestrigen Rede Briands vertritt "Le nouveau" (radikal-sozialistisch) die Ansicht...

dah er davon zum Besten der Interessen des Landes Gebrauch mache.

Konstantin auf Kündigung.

Prag, 22. Januar. (WZB.) In einer der letzten Ausschuss-Sitzungen des Abgeordnetenhauses wurde an den Außenminister Beneš die Anfrage gestellt...

Polnischer Waffenschmuggel.

Rybnik, 22. Januar. (WZB.) Der "Oberfließende Wanderer" meldet: Heute Vormittag gegen fünf Uhr ist drei Kilometer südlich Rybnik ein polnischer Waffentransport beschlagnahmt worden...

Warschau, 22. Januar. (TU.) Das Ministerium des Innern hat das Weichrubenische Komitee angeblich wegen staatsfeindlicher Propaganda...

Kattowitz, 22. Januar. (TU.) Bei dem Ueberfall vor einigen Tagen in dem Dorfe Bezejinska wurde von Verbrecherhand der polnische Waidmeister Ogorek erschossen...

Lublin, 22. Januar. (TU.) Als Beamte der Interalliierten Kommission führen die Herren Wengel, Paul Köppen und Gawlin nach Lublin, um den parlamentarischen Ausschuss zu bilden...

Rußland ändert das Völkerrecht.

Paris, 22. Januar. (TU.) Die Sowjetregierung hat den Alliierten mitgeteilt, daß sie ihr Hoheitsrecht zur See von drei auf zwölf Meilen ausdehnt...

Verständigung?

Essen, 22. Januar. (TU.) Der Verständigungsausschuss der Sozialisierungskommission, der seit einigen Tagen seine Beratungen wieder aufgenommen und auch mehrere Berg- und Hüttenanlagen sowie elektrische Kraftwerke beschäftigt hat...

Putschpläne der V. K. P.?

Die "Rote Fahne" veröffentlicht heute Dokumente über angebliche Putschpläne der V.K.P. Das soll aber nicht etwa "Vereinigte Kommunistische Partei" heißen...

Diese angeblich zur Befreiung der Mannschaften bestimmten Dokumente betreffen Vorschriften bei Eintritt eines kommunistischen Putsches...

"Wir müssen aber unserer Aufgabe, die wir uns unter dem Namen Königspartei gestellt haben, gerecht werden und auch davon nicht zurückweichen..."

Es werden weitere Anweisungen gegeben, daß in einem solchen Falle jede Person, die zum Strauß auffordert, und jeder Arbeiter, der streikt oder in passiver Resistenz verharrt...

Eine Reihe von Einzelbestimmungen erwecken den Eindruck großer militärischer Sachkenntnis. Die Alarmbefehle würden danach an die einzelnen Bezirkshauptleute telegraphisch übermittelt und zwar in Chiffreform...

Ueber Verpflegung, Bewaffnung, Ausrüstung, Unterkunft sind genaue Anweisungen gegeben. Zum Schluß heißt es wörtlich:

"Die Bezirkshauptleute werden aufgefordert, mit den in ihrem Bereich befindlichen Kommandostellen der Reichswehr und grünen Polizei im Sinne unseres Unternehmens in Verbindung zu treten..."

Das angebliche Dokument trägt die Unterschriften: Ludendorff, Reventlow, Escherich, Bithum von Eckardt und v. Wittkowski.

Man wird diese Enthüllungen der "Roten Fahne" mit sehr gemischten Gefühlen lesen. Nach all den Erfahrungen, die mit der Geheimorganisation der Orgesch gemacht worden sind, ist es verständlich, daß die "Rote Fahne" auch an die Echtheit dieser ihr zugegangenen Papiere geglaubt hat...

Es ist sicher nicht ausgeschlossen, daß von Anhängern der einen V.K.P. der anderen V.K.P. eine gelungene Fälschung in die Hände gespielt ist...

Schon das offene Bekenntnis, daß man Unruhen der Arbeitslosen provozieren und dadurch die Aktion automatisch auslösen wolle, ist so brutal, daß wir uns nicht denken können, die Ludendorff und Escherich würden es schriftlich von sich geben. Auffällig ist auch, daß die Dokumente vom 11. Januar datiert sind, während zum Schluß die Meldungen der Bezirkshauptleute bis zum 10. Januar eingefordert

werden. Schon diese sicher nicht ungewollte Unstimmigkeit muß jeden stutzig machen.

Es ist deshalb zweckmäßig, den angeblischen Putschplänen der „Vaterländischen Königspartei“ zunächst einmal mit aller nötigen Reserve gegenüberzutreten, ohne daß man deshalb in der Wachsamkeit gegenüber den reaktionären Bestrebungen erlahmt.

Das erwartete Dementi.

Die vorstehenden Ausführungen waren bereits gefehlt, als uns durch die Telegraphen-Union die folgende Erklärung zugeht:

Die Organisation Escherich erfucht um Bekanntheit folgender Mitteilung: „Die unter dem Titel „Das wahre Gesicht“ von der „Roten Fahne“ heute veröffentlichten „Dokumente“ sind eine Fälschung. Forststrat Escherich und seine Organisationen haben weder mit den vaterländischen Königsparteien in Bayern, Sachsen oder in einem anderen Lande, noch mit General Ludendorff etwas zu tun. Forststrat Escherich hat ein Schriftstück, wie das in der „Roten Fahne“ veröffentlichte, niemals unterzeichnet.“

Ludendorffs Phantasien.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ veröffentlicht den Wortlaut der Denkschrift Ludendorffs und Reichbergs, die kürzlich in der englischen Presse erschienen war und in den Entente-Ländern viel Staub aufgewirbelt hat.

Die Denkschrift beschäftigt sich zunächst mit dem „offensiven“ Charakter der Sowjetregierung, von der angenommen wird, daß sie wahrscheinlich in absehbarer Zeit vom Volk nicht gestürzt werde. Wörtlich heißt es dann weiter:

Das System der Sowjetregierung schließt sich daher mit einem wirtschaftlichen Wiederaufbau von Rußland gegenseitig aus. Auf der anderen Seite bedarf Europa des wirtschaftlichen Wiederaufbaus von Rußland und seiner Wiedereingliederung in den europäischen Wirtschaftskörper, weil der dauernde Ausfall des russischen Wirtschaftsgebietes die Lebensbedingungen der europäischen Völker um so stärker bedrückt wird, je länger er andauert. Daraus ergibt sich wiederum, daß die europäischen Völker in absehbarer Zeit gezwungen sein werden, eine Regierung, wenn nicht anders möglich, mit Waffengewalt zu beseitigen, deren Bestehen allein die Wiedereingliederung Rußlands in den europäischen Wirtschaftskörper unmöglich und damit die Kollase Europas unheilbar macht. Einer großen Aktion der europäischen Kulturstaaten gegen die Sowjetregierung hat bisher neben anderen Hemmnissen sehr wesentlich die Tatsache entgegengestanden, daß diese den Arbeitern der europäischen Völker vortäuschen konnte, sie sei eine Arbeiterregierung.

Mit anderen Worten: Wenn die Arbeiterklasse nicht entschlossen wäre, jeden Offensivplan gegen Sowjetrußland mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen, so würde Ludendorff lieber heute als morgen eine Armee gegen Sowjetrußland führen, und es läme ihm hierbei nicht darauf an, mit Frankreich und England in eine Kriegsgemeinschaft zu treten. Weiter enthält die Denkschrift einen Abschnitt über die Angriffsmethoden der Sowjetregierung, in dem sämtliche „Bolschewistenfremden“-Meldungen der „Deutschen Zeitung“ dem Sinne nach übernommen sind. Wir lesen — zum wievielten Male? — von den kommunistischen Kampfororganisationen in Deutschland, und die politische Dummheit unserer Räteapostel in Westdeutschland liefert natürlich Wasser auf die Mühlen unseres Propheten. Weiter hören wir von Eroberungsplänen Sowjetrußlands, die zunächst „mindestens Nord- und Mitteldeutschland“ besetzen wollen u. a. m. Alles in allem genommen, ist die Denkschrift zwar imstande, dem von Ludendorff zunächst betrogenen und dann so schwer beschimpften deutschen Volke im Ausland schwer zu schaden, weil man dort den lästigen Schwärmer in seiner politischen Unzulänglichkeit noch nicht erkannt hat, in Deutschland aber wird die Denkschrift mit Ausnahme derer, die vom „Antibolschewismus“ leben, von niemand ernst genommen werden und das Ansehen des reiselustigen Generals schwerlich erhöhen.

Im Spielklub.

Von Martin Feuchtwanger.

Spielklub.

Man spielt Baccarat. Alles erscheint ruhig und gedämpft. Aber ein Fieber lodt in dem Raum, das an Wahnsinn grenzt. Die Augen flackern, die Hände zittern. Was und zu entringt sich einem ein Seufzer, ab und zu hebt sich eine Brust, als ob einer aus langjähriger, qualvoller Gefangenschaft befreit würde. Blitze senken sich, Blitze irren trotzig herum.

Spielt man sonst um Tausende, so wird heute um Zehntausende gespielt. Hohe Stöße von Tausendern und Hundertern liegen vor dem Bankier. „Ist das Spiel gemacht?“ — „Es kann noch immer gefehlt werden.“ — „Ab dafür!“ Der Bankier überfliegt die beiden Seiten. Rechts 25 000 Mark und 17 000 Mark und 21 000 Mark und 8000 Mark und 9000 Mark und 1500 Mark und 800 Mark und 250 Mark; links 31 000 Mark und 17 500 Mark und 1500 Mark und nochmals 1500 Mark und 600 Mark. Der Bankier gibt rechts eine Karte, links eine Karte, sich selbst eine Karte, rechts eine zweite Karte, links eine zweite Karte, sich selbst eine zweite Karte. Rechte Seite: „Es wird gebeten.“ Linke Seite: „Es wird gebeten.“ Der Bankier sieht seine Karte an: „Die Bank hat neun.“ Er streicht alle Sätze ein und zählt: Annähernd 150 000 Mark. „Ich bitte das nächste Spiel zu machen.“

Unermüdlich. . . Millionen zittern und sehen schwarz. Unten an der linken Seite hinter dem Tisch sitzt ein unscheinbarer Herr. Er sitzt seit zwei Stunden auf demselben Stuhl und hat noch niemals gefehlt. Er betrachtet ständiger und mit Aufmerksamkeit die Kunde, ohne teilzunehmen.

„Das letzte Spiel!“ ruft der Klubleiter.

„Ich bitte das Spiel zu machen!“ ruft der Bankier. Unsummen werden vorgeschoben.

Der unscheinbare Herr greift in die Brusttasche, bringt einen Stoß Banknoten hervor und legt sie auf den Tisch.

„Wieviel?“ fragt der Bankier.

„25 000“, sagt der unscheinbare Herr.

Der Bankier gibt. Rechte Seite: „Es wird gebeten“, linke Seite hat neun. Die Bank hat acht.

Der Bankier streicht die Gelder der rechten Seite ein und zählt links aus. Auf die Noten des unscheinbaren Herrn werden 25 Tausender gelegt.

Alles steht auf. Die Erregung bricht sich Bahn. Mit milden Worten sprechen die Herren durcheinander.

„Sie sind ein ruhiger Spieler“, sagt einer zu dem unscheinbaren Herrn, der mit halbgeschlossenen Augen dasteht. „Ein einziges Mal gefehlt! Und gerade beim letzten Spiel! Sie spielen wohl nicht viel?“

Dr. Hermes und sein Freund Dr. Crone.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften beschäftigt sich mit der Politik des Reichsministers Dr. Hermes und zwar auf Grund eines Rundschreibens des Generaldirektors der deutschen Bauernvereine Dr. Crone.

„In diesem Schreiben“, so heißt es da, „schildert Dr. Crone, welcher großen Erfolg die deutschen Bauern gehabt hätten, dadurch, daß Dr. Hermes, der Freund Dr. Crones, Ernährungsminister geworden sei. Was unter den früheren Ministern nicht möglich gewesen sei, sei nun eingetreten: Die Getreidepreise seien um das Dreifache gestiegen, die verhasste Zwangswirtschaft sei zu einem Teil abgebaut. Aber nun müsse man etwas vorsichtig sein und ordentlich ableiern, weil sonst die Städte eventuell doch revolutionieren könnten. Er fügt dann einen Brief in Abschrift bei, den Dr. Hermes von Berchtesgaden aus an ihn, Dr. Crone, persönlich richtete. In diesem Briefe beklagt Dr. Hermes seinem Freunde Dr. Crone, daß es ihm zu verdanken sei, wenn die Landwirte diese Liebesgaben erhalten hätten, aber jetzt — so mahnt er — sei es nötig, etwas zu bremsen, sonst springe der Bogen. Und wenn die Städte noch ungeduldriger würden, müsse vielleicht die Zwangswirtschaft wieder strenger kommen. Er beschwört Dr. Crone, in diesem Sinne auf die Bauernorganisationen zu wirken, denn er (Dr. Hermes) stehe und falle damit. Klar und deutlich ergibt sich aus diesem Schreiben, daß Kern und Stern aller Politik der Bauernorganisationen, als deren Sachverwalter Dr. Hermes bezeichnet werden muß, die Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, in höchst erheblichem Maße ist. Nicht bei der Deckung der Produktionskosten und einem der allgemeinen Volksarmut entsprechenden Gewinn macht die Preisbildung halt, sondern erst dann, wenn sich zeigt, daß der Bogen infolge zu straffer Spannung zu zerplatzen droht.“

Es ist sehr freundlich von Herrn Dr. Crone, so offen zu erzählen, wie er mit seinem Freunde Dr. Hermes arbeitet und Preise verdreifacht, aber es ist auch begreiflich, daß die christlichen Gewerkschaften sich diese Arbeit einmal ansehen. Herr Dr. Crone scheint überhaupt eine geschickte Hand zu haben. Vor ungefähr Jahresfrist haben wir mitgeteilt, daß er im Schleswig-Holsteinischen Abstimmungsgebiet sich schleunigst ein Gut erworben habe, daß bei der Abstimmung „Gefahr laufe“, dänisch zu werden. Sogar die „Deutsche Tageszeitung“ meinte damals, Herr Dr. Crone werde nicht umhin können, sich zu diesen Angaben zu äußern. Herr Dr. Crone sah wie leg aber, und sein Gut ist jetzt längst dänisch. Jetzt erwirbt er sich neue Verdienste und verdreifacht mit seinem Freunde, dem Minister Dr. Hermes, die Getreidepreise. Es ist heilsam, durch das Rundschreiben die Berater des Ernährungsministers kennenzulernen.

Verleumdungen und kein Ende.

Frankfurt a. O., 22. Januar. (Eigener Drohbericht des „Vorwärts“.) Gegen den Vorsitzenden des Bezirksverbandes der Deutschen Volkspartei, Frankfurt a. O., den Rittergutsbesitzer und ehemaligen Amtsvorsteher v. Stängner-Carbe, der vor einigen Wochen, wie gemeldet, von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen Verleumdung der ehemaligen Reichsministerin zu 1500 R. Geldstrafe verurteilt worden ist, hat Reichsminister a. D. Genosse Robert Schmidt Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. v. Stängner-Carbe hatte in einer Wählerversammlung behauptet, daß die sozialdemokratischen Reichsminister für mehrere Millionen Mark Siefel nach Breslau an den Juden Lewy verschoben hätten. v. Stängner-Carbe ist bereits in dieser Angelegenheit verantwortlich vernommen worden. Der Vertreter des Nebenklägers Robert Schmidt ist Rechtsanwalt Genosse Falkensfeld.

Zentrum und Reichsfarben.

Bekanntlich hat die Deutsche Volkspartei durch ihre Presse mitteilen lassen, daß sie beabsichtigt, den Streit über die Reichsfarben wieder aufs neue zu beleben, und zwar will sie durch Volksentscheid eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob nicht wieder

die alten Farben schwarz-weiß-rot eingeführt werden sollen. Mit überraschender Geschwindigkeit schlossen sich die Demokraten diesem Wunsche an, allerdings wohl kaum, wie die „Germania“ vermutet, in der Absicht, eine der Deutschen Volkspartei entgegengegesetzte Entscheidung herbeizuführen, sondern offenbar ganz im Sinne des „Berliner Tageblatt“, das die Wiedereinführung der alten Farben mit der zurzeit herrschenden — Stoffknappheit begründet hatte.

Einen anderen Standpunkt vertritt das Zentrum, wie die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ mitteilt. Es ist der Ansicht, daß die Gründe, welche die Nationalversammlung in Weimar veranlaßt haben, schwarz-weiß-rot durch schwarz-rot-gold zu ersetzen, auch heute noch von ausschlaggebender Bedeutung sind, namentlich auch unter Berücksichtigung des früher oder später zu erwartenden Anschlusses Deutsch-Osterreichs.

Ein weiterer Grund für die Zentrumshaltung in dieser Frage ist die Furcht vor einer erneuten Zerküftung des deutschen Volkes, und der Hieb gegen die Deutsche Volkspartei, es müßte alles zurückgestellt werden, was die ohnehin nicht allzu starke Einigkeit zu erschüttern vermöchte, ist nur zu berechtigt. Sollte es also zu einer Einbringung eines Antrags der Deutschen Volkspartei im Plenum des Reichstages kommen, so würde das Zentrum hierzu seine Zustimmung versagen.

Auftakt zum Wahlkampf.

Hamburg, 22. Januar. (Eig. Drohbericht des „Vorwärts“.) In Hamburg wurde am gestrigen Abend der Wahlkampf zum 20. Februar eröffnet. Die Sozialdemokratische Partei hatte in allen Stadtteilen und Vororten 13 große öffentliche Massensammlungen einberufen, in denen auswärtige und einheimische Redner sprachen. Die Kommunisten hatten ihre gesamte Kraft auf eine Versammlung konzentriert, wo sie schon mit mehreren hundert Mitgliedern den Eingang zu besetzen und nach Beginn der Versammlung in diese einzudringen suchten. Die Parteigenossen hatten aber aus dem Beispiel Berlins gelernt, gingen zur „Offensive“ über und warfen die Kommunisten heraus. Die Versammlungen waren durchweg von einem ausgezeichneten Kampfeifer besetzt und verliefen glänzend.

Sabotage der Justiz.

In Breslau wird demnächst gegen drei Militärpersonen verhandelt werden, die während der Kaptage in der sogenannten Folterkammer des Generalkommandos systematisch Inhaftierte mißhandelt haben. Es sind 75 Zeugen, darunter 80 Mißhandelte geladen. Dagegen sind die Täter der zweifellos selbstgeschickelten Wortfäden nach wie vor „unauffindbar“. Ueber die Schwere der Verbrechen, mit denen die Justiz zu kämpfen hatte, weiß die „Freiheit“ zu berichten:

Die ganze Fühung der Untersuchung wurde auf das Schwerste gefährdet und zum Teil deshalb illusorisch gemacht, weil von den Kaptiven systematisch ein Apparat ausgezogen worden ist, um die Ermittlungen zu verhindern. Man bediente sich dabei der unglücklichsten Mittel. Aus der Ober wurden falsche Floschenposten mit angeblichen Nachrichten der Ermordeten gebracht, um die Kriminalpolizei auf eine falsche Fährte zu locken. Ein bezahlter Tschekoslowake lockte sogar eine Beamtenkommission nach Olmütz und verführte zur Umgrabung eines ganzen Feldes. Ueberall wurden die Beamten auf anaesthetische Spuren geführt, die sich nachher nur als Mittel herausstellten, die wahren Spuren zu verwischen. Besondere Schwierigkeiten verstanden auch die Militärbehörden zu machen, die andere Befehle ausgaben, als der Polizei zugesagt worden waren. Sogar vor Verhaftungen von Beamten, die dienstlich in Kasernen kamen, scheute man nicht zurück. Im Freikorpslager Zeithain wurden vor dem Stabsquartier unten Maschinengewehre aufgeschoben, während oben die Beamten verhandelt. Die Verhaftung des Hauptmanns Kulow konnte nur zufällig durch Veranlassung eines ihn erkennenden Beamten in Berlin geschehen. Auch heute dauern die organisierten Bemühungen der Kaptiven noch fort, die Ermittlungen zu unterbinden.

Was geschieht durch das Reichswehrministerium gegen die Militärpersonen, die systematisch die Durchführung des Gerichtsverfahrens zu verhindern gesucht haben? Was geschieht seitens der Staatsanwaltschaft gegen sie?

„Ich habe noch niemals gespielt und werde auch nie wieder spielen. Aber es handelte sich um die Existenz meines Kindes. Das Kind ist lungentkrank. Wenn ich es nicht auf ein Jahr nach Davos schicken kann, ist es verloren. Ich verdiene knapp soviel, daß ich leben kann. Woher soll ich 50 000 Mark für einen Aufenthalt in der Schweiz nehmen. Ich habe meine Bücher verkauft und meine Violine und alles in der Wohnung, was nicht unbedingt nötig ist. Ich habe nicht mehr als 25 000 Mark dafür bekommen. — Jetzt kann ich das Kind in die Schweiz schicken.“

„Und wenn Sie die 25 000 Mark nun verloren hätten?“

„Dann wäre das Kind gestorben“, sagt der unscheinbare Herr.

„Pardon!“ sagt ein wohlbeleibter Herr im Pelzmantel, da er an den unscheinbaren Herrn gestoßen ist, und er wendet sich wieder seinem Begleiter zu: „Nein, ich sage Ihnen, ich habe 870 Wille verloren, nicht mehr und nicht weniger. Das nächste Mal werde ich es wieder gewinnen.“

Neues Volkstheater: Beaumarchais und Sonnenfels. Dem nach sehr jugendlichen, von nicht recht verständlichem Applaus hervorgerufenen Autor dieses historisch-kostümierten Schauspielers, das Beaumarchais, den streppelosen Geschichtsmacher, den geistreich-temperamentvollen Pamphletisten und berühmten Verfasser der revolutionären Fingervollbilder dem österreichischen Staatsmann von Sonnenfels, einem eifrig um Volkswohlfahrt und Aufklärung bemühten Vertreter der josephinischen Regierung kontrastierend gegenüberstellt, hat bei seinem Werke offenbar etwas wie eine Idee vorgeschwebt. Nur scheint er sich nicht recht klargemacht zu haben, welche die alte Sprichwortweisheit, daß sich die Gegensätze anziehen und aufeinander angewiesen sind, die wie alle derartigen allgemeinen Sätze mal paßt, mal auch nicht paßt, dient ihm als Leitmotiv bei seinen Konstruktionen. Die beiden Helden des Dramas benehmen sich in Wahrheit so, daß jeder in dem anderen den begründeten Verdacht erwecken mußte, er habe es darauf abgesehen, den wilden Mann zu spielen. Indessen, der Erfolg im Stück ist nach des Dichters Ratenschluß vielmehr der, daß sie in sympathischer Bewunderung füreinander ergründen. Dem Völkchensmann Sonnenfels, der den französischen nach Wien verschlagenen Abenteuerer als überführten Erpresser verhaften läßt, imponiert die durchsichtige Sophistik, die dieser, mit gelegentlichen Attaken wider schmutzige Regierungen untermischt, zum Besten gibt, derart, daß ihm darüber Zweifel an dem Rechte seines eigenen Standpunktes kommen. Schließlich verhilft er ihm sogar zur Flucht.

Auch abgesehen von der Verworrenheit der Intentionen und von dem Fehlen jeder logischen Entwicklung bietet das Drama in der Schilderung des Willens nichts, das die Aufführung erklärlich machen würde. Am ehesten haben noch die Szenen des Vorspiels, in dem Volkshaus, wo Beaumarchais, nach dem von ihm fingierten Raubüberfall einkehrt, ein farbigeresolorit. Aber auch da ermüdet schon die weitschweifige Umständlichkeit des Dialogs. In langen Erzählungen wird man hier und später von Beaumarchais' Intrigen unterrichtet, von der Schmachtschrift wider die Königin Marie

Antoinette, die er selbst verfaßt hat, um den lukrativen Auftrag zu erhalten, die Publikation in London zu verhindern, den Mandanten, diese ergebnisse Angelegenheit auch weiterhin noch für sich auszuheuten. Das alles bleibt in Chronik und Anekdotenhaftem stecken.

Für die Darstellung waren Mühen und Kosten nicht gescheut. Arnold Czempin spielte den Beaumarchais, den Sonnenfels gab Erich Babs mit einer Reserviertheit, die auf die Dauer monoton erschien.

Der Berliner „Weltuntergang“. Der eben verstorbene Astronom Wilhelm Förster erzählt in seinen Lebenserinnerungen: Am Sommer 1857 ereignete sich eine Kometenerscheinung, die zwar dem bloßen Auge nicht sichtbar wurde, aber durch mißverständliche, aufgedruckte Berichte der damaligen Zeitungen als eine Gefahr für die Erde verstanden wurde und dadurch in einem solchen Grade sowohl die breiten Massen, wie die sogenannten vornehmen Kreise aufregte, daß sich selbst in Berlin einige sehr merkwürdige Vorgänge ereigneten. Zwei Tage vor der größten Erdnähe des Kometen, die aber noch viele Millionen Kilometer betrug, erschien auf der Sternwarte am Endeplatz eine große Zahl von Herren und Damen aus der vornehmen, insbesondere der diplomatischen Gesellschaft, die vor ihrem Lebensende den Hebelstator noch im Fernrohr gegen Zählung eines Eintrittsgeldes zu sehen verlangten. Die gerade im Gange der Sternwarte stehende Familie des Professors Ende wurde mit der Frage aufgeführt: „Wo ist die Kasse?“ Ich hatte dann, berichtet Förster, die Ehre, die Gesellschaft unverrichteter Sache aus dem Garten hinauszukomplimentieren. Am Nachmittage des Weltuntergangs ereignete sich in Berlin in dem Laboratorium des Theaterfeuerwerkers Dabremont eine gewaltige Explosion. Diese schreckenerregende Detonation ließ auf Straßen und Plätzen viele Leute auf die Knie fallen, weil sie glaubten, daß es nun mit dem Untergang losgehe.

Uraufführungen der Woche. Mi. Theater in der Adalgräberstraße: Festerina Swanova. Do. Lustspieltheater: Ein idealer Gatte. Fr. Volkstheater: Das Vokant. Die Romdile der Arrungen. Theater des Westens: Schweißens-Sodgett.

Porträts. Hans Heinrich von Twardowski bricht am Montag, 21. Januar, im Saal der Berliner Session (Sturfsriedenbaum 230) „Novellen des Lohes“ (Frankfurt). — Russischer Portra. Am Montag, den 21. Januar, um 8 Uhr abends, findet in den Kuppel-Vistoria-Sälen (Kastellstr. 31/32), ein russischer Vortrag über „Bürgerkrieg in Rußland“ statt. Vortragender ist W. Lebedew, Vizepräsident der Russen-Monierung, jetzt Leiter des ausbreichelmal adeliten, in Prag erscheinenden Organs der Partei der Sozialisten-Revolutionäre, „Wolga-Roski“.

Urania-Porträts. Sonntag und Dienstag: „Am Gell von Neapel“; Montag: „Winter in der Schweiz“; Sonnabend: „Von San Remo nach Nereus“. Mittwoch spricht Prof. Brantius über „Elektrizität und Lebenserscheinungen“; Donnerstag Axel Schmidt: „Sowjetrußland“; Freitag Kurt Dieckner: „Spanien“.

Eine Heimathändler-Ausstellung wird von Sonntag bis Dienstag im Schulmuseum, Stallschreiberstr. 54, veranstaltet. Sie zeigt Arbeiten märkischer Handwerker, darunter Kausorelle, Stühlen, Schwarz-Weiß-Kunst, Tischbilder u. a. Die Ausstellung ist ab 4 Uhr nachmittags geöffnet. Eintritt frei.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Paris, 22. Januar. (ZU.) Dem „Echo de Paris“ wird aus Brüssel gemeldet: Wir erfahren aus gut unterrichteter Quelle, daß Belgien auf der Pariser Konferenz folgendes verlangen wird: 1. Sofortige Lösung des Reparationsproblems. 2. Festsetzung der gesamten Höhe der deutschen Schuld und Bezahlung in Jahresraten. 3. Art der Bezahlung, in bar und in Waren. 4. Erfüllung der von den Alliierten Belgien gegenüber gegebenen Versprechen, wonach es 8 Proz. der deutschen Entschädigung erhalten und seine Priorität bis zu 2½ Milliarden haben würde.

London, 22. Januar. „Times“ meldet, daß die deutsche Antwort auf die 41 von den alliierten Finanzsachverständigen den deutschen Sachverständigen in Brüssel unterbreiteten Fragen von den alliierten Vertretern im ganzen als sehr befriedigend angesehen wird, da die Reparationsfrage aus dem Reich der Theorie in das Reich der harten Wirklichkeit dringe. Das überraschendste Ergebnis der letzten Brüsseler Konferenz sei für die Alliierten die Tatsache gewesen, daß die Menge der Zahlen bezüglich der tatsächlichen Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands so gering ist.

Kollet in Paris.

Paris, 22. Januar. (W.B.) Nach einer Havos-Redeung ist der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland, General Kollet, in Paris eingetroffen. Er wird an den Sitzungen des Obersten Rates teilnehmen.

Der Abstimmungskampf in Oberschlesien.

Abstimmungsabotage.

Der deutsche Plebiszitkommissar für Oberschlesien, Dr. Urbanek, führt in einem Telegramm an die Interalliierte Kommission darüber Beschwerde, daß der polnische Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses in Baurahütte, Paul Kucma, im Gemeindefeldamt eigenmächtig sämtliche Ersuchen auf Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis entwerfen hat. Es handelt sich um 650 Gesuche. Aus dem Umstande, daß sich auf dem Gemeindefeldamt in Baurahütte über 650 Gesuche um Ausstellung von Aufenthaltserlaubnissen angehäuft hätten, folgert Dr. Urbanek, daß die Gemeindeverwaltung von Baurahütte die Bearbeitung dieser Gesuche unterlassen hat. Durch solche passive Resistenz werde innerhalb der viel zu kurzen Fristen die Bewirtung der geforderten Formalitäten vereitelt und die Abstimmungsberechtigten der Kategorie C kämen auf diese Weise um ihr Stimmrecht. Dr. Urbanek verlangt sofortige Abberufung und exemplarische Bestrafung Kucmas und ersucht die Interalliierte Kommission, den Polizeiverwaltungen, Gemeinde- und Ortsvorständen die Befehle zu geben, angeforderte Aufenthaltserlaubnisse sofort auszustellen.

Deutschland — Japan.

Der Reichspräsident hat am Sonnabend den neuernannten japanischen Botschafter Hioki zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfange war der Reichsminister des Äußern Dr. Simons zugegen. Der Botschafter hielt eine kurze Ansprache, auf die der Reichspräsident erwiderte.

Abschaffung des Geldes in Rußland?

Reval, 22. Januar. (ZU.) Die Sowjetzeitungen veröffentlichen eine offizielle Note, in der gesagt wird, daß die wirtschaftliche Lage der Sowjet-Republik zu der Notwendigkeit führt, einen neuen Wertmesser an Stelle des Geldes einzuführen. Es wurde eine Spezialkommission ernannt, die den Vorschlag beraten soll, eine Arbeitsstunde als Werteinheit einzuführen.

Riga, 22. Januar. (ZU.) Laut Petersburger „Drowda“ haben die Kommunisten bei den Wahlen der Revisionskommission in den Petersburger Fabriken und Werkstätten eine völlige Niederlage erlitten. So wurden zum Beispiel in drei Fabriken 77 Parteiloose und nur 15 Kommunisten gewählt.

Sozialpolitik im Hauptausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstages berichtete Sonnabend vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Dr. Pachtold (Dem.) über die Arbeiten des Unterausschusses, den der Hauptausschuß zur Nachprüfung der Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst eingesetzt hatte. Korruptionsercheinungen sind nicht zutage getreten, auch der Rechnungshof des Reiches hat zu erheblichen Beanstandungen keinen Anlaß gegeben.

Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge.

Hierauf wendet sich der Hauptausschuß dem Etat des Reichsarbeitsministeriums zu. Berichterstatter Abg. Hoch (Soz.) referierte über das Gebiet der Arbeitsvermittlung. Die Arbeitsvermittlung muß sowohl den Ausbau der Arbeitsnachweisstellen im ganzen Reich als auch die Ausbildung der hier Beschäftigten planmäßig vornehmen. In der Erwerbslosenfürsorge muß alles geschehen, um den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Dazu bedarf es auch des Entgegenkommens des Verkehrsministeriums. Ebenso unvermeidlich ist hier und da eine Umstellung der Arbeiter aus einem Arbeitszweig in einen anderen.

Abg. Erling (Z.): Die Kosten des Reichsamts für Arbeitsvermittlung sind außerordentlich hoch. Eine weitere Zentralisation des Arbeitsnachweiswesens ist deshalb nicht wünschenswert, wohl aber eine größere Einheitlichkeit. Länder und Gemeinden müssen an den Kosten für Arbeitsvermittlung auch künftig beteiligt bleiben.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Das Anwachsen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung hat seinen Grund nur in der Uebernahme ganz neuer Aufgaben. Die Absicht, die Arbeitsnachweise zu zentralisieren, besteht nicht; sie werden nur besser organisiert.

Abg. Moldenhamer (D. Sp.): Die Fragen der produktiven Erwerbslosenfürsorge können in Zukunft durch die Bezirkswirtschaftsräte, die den Verhältnissen näher stehen, geprüft werden. Der amtliche Arbeitsnachweis darf kein Monopol werden, insbesondere ist die Zeitungsanzeige gerade für gehobene Stellen nicht zu entbehren.

Die Abg. Mumm und Dr. Wienbeck (D. Rat.) treten dafür ein, die für die Ueberorganisation der Landesämter und der damit verbundenen Berufsämter bereitgestellten Reichsmittel auf die einschlägigen Einrichtungen der sachverständigen Berufsorganisationen, z. B. Handwerks- und Handelskammer zu verwenden. Ministerialrat Dr. Weigert: Das Arbeitsnachweisgesetz wird dem Reichstage voraussichtlich im nächsten Monat zugehen. Die Organisation der Arbeitsvermittlung weist schon heute ein lächerliches Maß an Bräutlichkeit auf. Die öffentlichen Arbeitsnachweise haben im letzten Jahr mehr als 80 Proz. aller männlichen, und mehr als 90 Proz. aller weiblichen Vermittlungen ausgeführt. Die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen wird voraussichtlich in naher Zeit wesentlich eingeschränkt werden. Eine planmäßige Umstellung großer Teile der Arbeiterschaft ist unerlässlich.

Abg. Hoch (Soz.) bringt darauf eine Entschlieung ein, das Arbeitsministerium und die übrigen beteiligten Ministerien zu ersuchen, mit dem Verkehrsministerium und Reichshofministerium

über Beschaffung nachbringender Arbeitsgelegenheit zu verhandeln, um Erwerbslosenerleichterung zu sparen.

Der Hauptausschuß nimmt die Entschlieung einstimmig an. — Ferner bewilligt der Hauptausschuß sämtliche Etatspositionen über Arbeitsvermittlung. Es befinden sich darunter 550 Millionen Mark für unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge, außerdem 44 Millionen Mark erhöhte Reichsbefehle zur Erwerbslosenfürsorge. Ohne Debatte werden ferner die Positionen über Arbeiterwohlfahrt genehmigt. Darauf wendet sich die Debatte dem

Schlichtungswesen

zu. Abg. Dr. Fik (Dem.) wünscht eine Verkleinerung der Zahl der Richter in den Schlichtungsausschüssen.

Ministerialrat Dr. Stiller (Reichsarbeitsministerium): Die Anzahl der Richter soll nach der Schlichtungsordnung in den Schlichtungsausschüssen herabgesetzt werden. Die beste und sachliche Schulung der Betreibenden liegt dem Reichsarbeitsministerium sehr am Herzen. Die Kosten der Schlichtungsausschüsse waren mit 25 Millionen Mark angelegt, durch große Sparsamkeit der Verwaltung sind nicht einmal 5 Millionen Mark ausgegeben worden. Die Schlichtungsordnung geht nächste Woche dem Kabinett zu.

Der Hauptausschuß bewilligt hierauf die Etatspositionen für das Schlichtungswesen.

Arbeits- und Gewerbegerichte.

Bei Besprechung der einmaligen Ausgaben des Reichsarbeitsministeriums kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Schaffung eines Arbeitsgerichtsbuches.

Abg. Kaiser (Soz.) erklärt den Gesetzentwurf bezüglich der Arbeitsgerichte für ebenso dringlich, wie das Schlichtungsgesetz. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Der Entwurf für das Arbeitsgerichtsgesetz ist fertiggestellt, es bestehen aber noch finanzielle Schwierigkeiten.

Abg. Schulz-Bromberg (D. Rat.): Durch die immer weitere Schaffung von Sondergerichten wird die reine Justizpflege völlig ausgehöhlt.

Abg. Kaiser (Soz.): Das Verfahren in den ordentlichen Gerichten ist zu langsam, auch die Einrichtung besonderer Abteilungen wird daran nichts ändern.

Abg. Barlage (Z.): Das Amtsgericht muß wieder in den Mittelpunkt der Justiz gerückt werden.

Abg. Thiel (D. Sp.): Die Zusammensetzung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte muß unverändert bleiben.

Abg. Hoch (Soz.): Die Forderung nach besonderen Gerichten ist historisch dadurch entstanden, daß die ordentlichen Gerichte versagten.

Hierauf verabschiedet der Hauptausschuß den Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums und vertagt sich auf Montag.

Ein Notetat für Februar 1921.

In der Sonnabend Sitzung des Reichsrats berichtete zunächst Ministerialdirektor Sachs über die Beschlüsse des Reichstages zu der Vorlage über die Erhöhung der Leuerungszulagen für Beamte. Der vom Reichsrat hinzugefügte § 3 ist vom Reichstage abgelehnt worden, und der Finanzminister hat lediglich zugefugt, daß er im Wege des Etats etwas für die Länder tun werde. — Der Vertreter Badens, dem sich der Vertreter Hessens anschloß, beantragte, die Angelegenheit von der Tagesordnung abzuhängen, weil sonst die Länder alles aus der Hand geben. — Minister Heinze wandte sich gegen den Veräußerungsantrag, der dann abgelehnt wurde. Am nächsten Mittwoch wird eine besondere Kommission über die Zulage des Finanzministers verhandeln. Gegen die Beschlüsse des Reichstages wurde Widerspruch nicht erhoben. — Nachdem die Vorlage über die Wohnungssteuer von der Tagesordnung abgesetzt war, beschäftigte sich der Reichsrat mit einem

neuen Notetat für Februar 1921.

Der Berichterstatter Ministerialdirektor Sachs hob hervor, daß dies bereits der siebente Notetat im Laufe des Jahres sei. Die Haushaltspläne der Post und Eisenbahnen haben, so führte der Berichterstatter aus, noch nicht einmal den Reichsrat beschäftigt. Eine solche Finanzwirtschaft läuft dem Sinn der Verfassungsvorschrift zuwider, die die Finanzverwaltung des Reiches von dem Bewilligungsrecht der gesetzgebenden Körperschaften abhängig macht. Hoffentlich wird die wenig erfreuliche Finanzwirtschaft des Rechnungsjahres 1920 nicht auch im kommenden Rechnungsjahr fortgesetzt. Es muß vom Reichstage eine Form gefunden werden, den Etat für das nächste Rechnungsjahr rechtzeitig zu verabschieden. Der Notetat nimmt schon eine Reihe von wichtigen Reueforderungen vorweg. Er verlangt u. a. 400 Millionen Mark zum Ersatz von Zuminutständen, ferner 7,7 Milliarden Mark zur Verbesserung der Volksernährung (1325 Millionen Mark zur Beschaffung von billigen Mals für Landwirte, für Schweinefleisch, 5,5 Milliarden Mark zur Beschaffung von Auslandsgetreide und zur Verbesserung der Brotversorgung; 277,7 Millionen Mark für Frühlingsbräun; 500 Millionen Mark für künstliche Düngemittel aus dem Ausland; 50 Millionen Mark Abfertigungsprämien für Karsoffeln; 400 Millionen Mark für Uebersteuerungszuschüsse bei Neu-Friedensverträgen und 1 Milliarde Mark zur Deckung des Rest-Friedensvertrages und 1 Milliarde Mark zur Deckung des Restbetrages bei den Reichseisenbahnen, deren Defizit auf zirka 16 Milliarden Mark geschätzt wird.

Der Notetat wurde unter Abstrich von 9 Millionen Mark angenommen. Angenommen wurden auch Ergänzungsforderungen zu verschiedenen Etats. Ferner der Gesetzentwurf zur Entlastung der Gerichte. Dieser Entwurf erweitert die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Vermögenssachen. Außerdem erhalten die Schöffengerichte eine ganze Anzahl von Sachen übertragen, die bisher den anderen Gerichten zugewiesen waren.

Bestechungsprozeß gegen Heinrich Scharz.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schulz stand gestern wiederum eine Verhandlung gegen Heinrich Scharz wegen Bestechung an, die er im April 1919 dem Unterzahlmeister Briefmeister gegenüber begangen haben soll. Aus der Vorgeschichte ergab sich, daß der Kaufmann Jean Scharz, der jetzt in Danzig ist und zur Verhandlung nicht erschienen war, von der Zigarettenfirma Aug. Deter erhebliche Quantitäten Zigaretten unter dem Vorgeben beschafft hat, daß er sie für das von seinem Bruder Georg begründete republikanische Schutzwehregiment Reichstag verwenden wollte, während er sie in Wirklichkeit anderweit mit Rußen verkauft haben soll. Als nun eine Rechnung der Firma Deter an den Zahlmeister des Regiments Reichstag kam, fiel diesem es auf und er wollte Meldung darüber erstatten. Da soll nun der Angeklagte Heinrich Scharz es unternommen haben, den Briefmeister zu bewegen, die Meldung zu unterlassen und ihm die Rechnung herauszugeben, wofür er ihm Rücklieferung der Zigaretten an das Regiment und eine gute Stelle im Polizeipräsidium versprochen haben soll. — Nach langer Beweisaufnahme, in der auch der wegen Unterschlagung von zirka 1 Million Mark verhaftete Sonnenfeld jun. vernommen, aber nicht beidigt wurde, beantragte Staatsanwalt Dr. Gerlach 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Justizrat Dr. Werthauer suchte aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nachzuweisen, daß eine Verleitung zu einer pflichtwidrigen Handlung nicht vorliege, und beantragte die Freisprechung eventuell nur eine Geldstrafe, weil der Angeklagte nicht für sich selbst, sondern zugunsten seines Bruders gehandelt habe. Vor allem aber sei nicht erwiesen, daß die Zigaretten von seinem Bruder nicht an eine der verschiedenen Truppen abgeliefert worden seien. — Der Angeklagte selbst nahm auf alle Fälle die Amnestie für sich in Anspruch. Das Gericht hielt die Amnestie vom 4. August nicht für anwendbar. Dagegen hielt das Gericht den Tatbestand der Be-

stechung im Sinne des § 333 St.G.B. für gegeben. Briefmeister sei Beamter, der Angeklagte habe ihm zwar nicht persönliche Geschenke gegeben, aber ihm Vorteile versprochen durch den Hinweis auf eine gute Stelle im Polizeipräsidium. Mildernde Umstände hat der Gerichtshof nicht zugebilligt. Das Gericht erkannte auf 3 Monate Gefängnis, sah aber von Aberkennung der Ehrenrechte ab.

Nach der Urteilsverkündung kam es dann zu einem Zwischenfall. Kaum hatte der Vorsitzende das Urteil verkündet, als Heinrich Scharz in leidenschaftlicher Erregung ausrief: „Meine Herren! Sie haben mich jetzt zum zweitenmal politisch verurteilt. Wenn ich nicht Scharz, sondern v. Kessel heißen würde, dann wäre ich nicht verurteilt worden.“

Auslanderrundschau.

Die englische Admiraltät gibt bekannt, daß das Unterseeboot E5 am 20. d. M. mit der gesamten Besatzung, ungeführt von 55 Mann, hundert Meilen westlich Londons untergegangen ist.

Die Polizei verhaftete in Barcelona sechs Mitglieder des Gewerkschaftsrates von Valencia, die zu mehreren Attentaten der letzten Zeit beteiligt gewesen sein sollen. Als vier dieser Verhafteten zum Geständnis gebracht werden sollten, ließ der Transport überfallen worden sein. Die Wachmannschaft wies den Angriff ab und tötete drei der Gefangenen; der vierte wurde schwer verletzt.

Der Korrespondent des Blattes „Ton Dailotte“ in Piume berichtet über vorgekommene Unruhen, die durch den früheren Abg. Cabella hervorgerufen worden seien, der sich gewalttätig der Herrschaft der Stadt habe bemächtigen wollen. Manifestanten hätten den Wachposten am Regierungsgebäude entworfen, aus den Fenstern auf die Straßenspassanten gefeuert und sich hierauf in einer Kaserne verbarrikadiert. Die Miliz von Piume sei Johann überfalls zum Angriff vorgegangen, habe die Rebellen überwältigt und die Kaserne wiedergewonnen. 18 Anhänger Cabellas seien verhaftet worden, es habe auch Tote und Verwundete gegeben.

Im amerikanischen Senat wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Aufhebung aller Verträge, die zu einer Verlängerung der Kredite an ausländische (lies Entente-) Regierungen ermöglichen, versagt und den Staatssekretär beauftragt, alle Kredite, bei denen das Geld nicht schon zur Auszahlung gelangt ist, zu annullieren.

Keine Bereicherung der Agrarier. Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der auf der Konferenz der Ernährungsminister angenommene Antrag Oldenburgs, in dem wir eine Bereicherung der Agrarier sahen, für diese durchaus nicht so vorteilhaft sei. Der Sinn dieses Antrages gehe dahin, daß in erster Linie das Umlageverfahren in Betracht kommt. Wenn nun die Landwirte die ihnen auferlegte Getreidemenge nicht liefern, so sollen die ausfallenden Mengen von der Reichsgetreidestelle auf Kosten derjenigen, die nicht geliefert haben, gekauft werden. Da dieser Kauf erst im Ausland gestattet werden kann, so steht der Antrag vor, daß mindestens der Weltmarktpreis erzielt werden muß, von demjenigen natürlich, der nicht abgeliefert hat. Der Antrag laufe also nicht auf eine Bereicherung der Landwirte hinaus, sondern verlange im Falle der Nichtlieferung eine sehr beträchtliche Zahlung von ihnen.

Die Strafverfolgung Erzbergers wegen Eidesverletzung beschäftigte den Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages. Bei dieser Gelegenheit wurde die Frage erörtert, wer Träger der Immunität sei. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß nicht der einzelne Abgeordnete, sondern der Reichstag in seiner Gesamtheit Träger dieser Immunität sei, und daß es daher ganz gleichgültig sei, ob der betreffende Abgeordnete die Strafverfolgung selbst wünsche oder nicht. Da jedoch die Erziehung der Angelegenheit Erzbergers auch im dringenden Interesse des ganzen Reichstages liege, beschloß der Ausschuß, dem Plenum vorzuschlagen, die Strafverfolgung freizugeben.

Ein „Volksgerichts“-Urteil. Am Mittwoch wurde von dem Regensburger „Volksgericht“ der wegen Aufreißung zum Kampfsampf (!) in München bereits zu einem Jahr sechs Monaten verurteilte Kommunist August Bloch wegen des gleichen Vergehens in Regensburg, Kelheim, Pöfing und Würth a. d. Donau zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte sechs Jahre beantragt.

Bekennnis.

Warum bin ich Demokrat?

Weil ich als Staatsbürger nicht weniger Rechte haben will wie jeder andere, und weil ich gerecht genug bin, anderen dieselben Rechte zuzuerkennen, die ich für mich selber verlange.

Warum bin ich Sozialist?

Weil ich nicht glauben kann, daß eine Weltordnung, die die einen proffen, die anderen darben läßt, die höchste Stufe der Menschheitsentwicklung ist, weil ich eine sinnvollere Ordnung der Wirtschaft anstrebe, die jedem Arbeitenden die Sicherheit seines Daseins verbürgt.

Warum bin ich kein Kommunist?

Weil ich weiß, daß gut Ding Weile braucht und daß Gewalt nur zerstört, nicht aufbauen kann. Weil ich sehe, daß die kommunistische Zersplitterungsarbeit die Abhängigkeit der Massen vom Kapital nicht vermindert, nur vermehrt. Weil ich verstehe, daß nur Wissen und Ueberlegung zum Sieg, Unwissenheit und blinde Leidenschaft aber zur Niederlage führen.

Warum bin ich kein Unabhängiger?

Weil ich klare Anschauungen und feste Grundsätze habe, während Unabhängige hallos schwanken und selber nicht wissen, was sie wollen.

Weil ich Demokrat und Sozialist, kein Kommunist und kein Unabhängiger bin, darum bin ich Sozialdemokrat.

Sterblich erkläre ich meinen Beitritt zur Sozialdemokr. Partei

Vor- u. Zuname: _____

Beruf: _____

geboren: _____ Geburtsort: _____

Wohnung: _____

Diesen Schein sende an Alex. Pagels, Bezirksverband, Berlin NW 40. Zu den Zeiten 28. Wichtigkeit sende Eintrittsgeld und Beitrag für einen Monat per Postanweisung oder auf Postcheckkonto 487 48. (Eintrittsgeld und ein Beitrag betragen für Männer 2,50 M., für Frauen 1,50 M.)

